

**Betreff:** Nicht verpassen – über die OP ePaper App geteilt: Schüler sehen eigene Zukunft bedroht

**Von:** Jutta Hilscher <juttahilscher@gmail.com>

**Datum:** 09.05.2026, 21:43

**An:** Christa <christa@offenbacher-friedensinitiative.de>

Schüler sehen eigene Zukunft bedroht

Demo gegen Wehrpflicht im Büsingpark

Offenbach – „Willst du sterben?“ Mit solchen provokanten Aussagen haben Schülerinnen und Schüler verschiedener Offenbacher Schulen zu einer Protestaktion aufgerufen. Organisiert wurde das Treffen vom „Schulstreikkomitee Offenbach“. Die Protestierenden kamen im Büsingpark zusammen und bereiteten dort nach einer Kundgebung die gemeinsame Anreise zur entsprechenden Demonstration in Frankfurt vor. Bereits im Vorfeld hatten die Jugendlichen Protestschilder gestaltet, Reden vorbereitet, Beiträge für soziale Medien erstellt und Mitschülerinnen und Mitschüler zur Teilnahme aufgerufen.

Die Jugendlichen kritisieren die geplante Aufrüstung sowie die mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht. Für viele von ihnen steht der Begriff „Kriegstüchtigkeit“ nicht für Sicherheit, sondern für eine Bedrohung der eigenen Zukunft und des eigenen Lebens. Um auf ihre Position aufmerksam zu machen, veröffentlicht das Komitee in sozialen Medien provokante Aussagen wie „Willst du jemanden töten?“.

Auch die zum Teil riesigen Plakate richten sich gezielt an junge Menschen. Dementsprechend werden Slogans wie „Wir wollen kein Fortnite irl“ abgebildet. Die Anspielung bezieht sich auf das bekannte Ballerspiel „Fortnite“. Die Abkürzung „irl“ steht für „in real life“, also „im echten Leben“. Damit bringen die Jugendlichen zum Ausdruck, dass Krieg für sie kein Spiel ist, sondern eine reale Gefahr mit tödlichen Folgen. Besonders auffällig ist die Ehrlichkeit und Direktheit der Rednerinnen und Redner. Statt sich hinter politischen Floskeln oder komplizierten Formulierungen zu verstecken, sprechen sie offen darüber, was sie beschäftigt und wovor sie Angst haben: Tod, Verelendung, Krieg!

Nach der Kundgebung betonen die Jugendlichen neben ihrer Kritik an der Militarisierung auch die Probleme im Bildungsbereich. Sie verweisen auf Lehrermangel, marode Schulgebäude und fehlende Investitionen, während gleichzeitig Milliardenbeträge für Rüstungsausgaben geplant seien. Die Organisatoren erklären, dass das Thema Antimilitarismus viele bewege. Deshalb hätten sich an mehreren Schulen Gruppen gebildet. Für viele von ihnen sei ein zentrales Argument gegen die Wehrpflicht, „dass wir nicht unschuldige Menschen töten wollen“. LARISSA KESSLER

Quellenangabe: Offenbach-Post vom 09.05.2026, Seite 30

Interesse an einem kostenlosen Testzugang zum ePaper? Bestellen Sie auf <https://meinabo.op-online.de/abo/#abo-pricing> ! Der Test endet automatisch.